

# 2x NEIN zu den extremen Agrar-Initiativen

## Komitee gegen die extremen Agrarinitiativen

Medienkonferenz des nationalen Komitees gegen die extremen Agrarinitiativen vom 9. März 2021

### Unser Essen nicht aus der Hand geben

*Referat Ständerat Marco Chiesa, Präsident SVP Schweiz*

Wir können auf vieles verzichten, aber nicht auf unser tägliches Essen. Weltweit betrachtet, stehen hier grosse Herausforderungen an. Das Kulturland ist begrenzt, ja an vielen Orten aufgrund anderer menschlicher Nutzungen sinkend. Die Menschheit aber nach wie vor wachsend. So steht Jahr für Jahr weniger Ackerland pro Erdenbürger zur Verfügung. Und dieses ist begehrt, verschiedene Staaten haben sich bereits in anderen Ländern fruchtbares Ackerland unter den Nagel gerissen. Wir tun also gut daran, nicht nur unserem Kulturland, sondern auch unseren Bauernbetrieben Sorge zu tragen. Immerhin sind wir schon heute zu 40 Prozent auf Importe angewiesen, um unseren Bedarf an Essen zu decken. Gerade die Erfahrungen mit Corona führen uns einmal mehr vor Augen: Im Ernstfall steht sich jedes Land selbst am nächsten. Sei es, wenn es um Hygienemasken oder Impfstoffe oder eben Lebensmittel geht.

Mit den beiden Initiativen Trinkwasser und Pestizidfrei würden wir regionale Produktion im Inland und damit unsere Eigenversorgung empfindlich schwächen. Das widerspricht dem 2017 vom Volk angenommenen Verfassungsartikel zur Ernährungssicherheit. Dieser verlangt geeignete Rahmenbedingungen, damit die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln sichergestellt ist. Die beiden extremen Agrarinitiativen setzten diese aufs Spiel. Gerade die Trinkwasserinitiative würde das fragile Gefüge unserer Agrar- und Ernährungspolitik einstürzen lassen. Und dies ohne irgendwelche positiven Effekte auf die Trinkwasserqualität. Sowieso hat sie nichts mit Trinkwasser zu tun und ist deshalb eine Mogelpackung! Sie will vielmehr die Direktzahlungen neu verteilen, und zwar auf Basis zweier unsinniger Forderungen. Diese hat Ihnen Markus Ritter bereits vorgestellt. Nur sind die Direktzahlungen mit ökologischen Anforderungen verbunden, die bei einem Ausschluss der Betriebe in Frage gestellt wären. Auch weniger Inlandproduktion und mehr Importe, ist für die Umwelt kein Gewinn, wie zwei Studien der Forschungsanstalt Agroscope zeigten.

Etwas anders ist die Pestizidfrei-Initiative ausgerichtet, die mit dem Verbot von synthetischen Pestiziden eine ganz andere Wirkung hätte. Insbesondere würde sie die Produktion enorm verteuern und damit auch die Lebensmittelpreise deutlich ansteigen lassen. Wir müssten deshalb für unser Essen viel tiefer ins Portemonnaie greifen. Nicht die ganze Bevölkerung kann sich das leisten! Und auch hier müssten wir die Mindererträge mit mehr fragwürdigen Lebensmittelimporten ausgleichen.

Mit den vom Parlament eingeschlagenen Weg und den neuen Reduktionsvorgaben, fordern wir von den Landwirtschaftsbetrieben bereits heute viel. Auch diese Entscheide bleiben nicht folgenlos. Schon heute steigen zahlreiche Bauern z.B. aus dem Zuckerrübenanbau aus, weil nach dem Rückzug zahlreicher Mittel das Anbausisiko zu hoch geworden ist. Wir müssen also sowieso schon schauen, dass wir am Schluss keine Ballenberg-Landwirtschaft haben und unser Essen hauptsächlich importieren müssen. Mir liegen unsere Bauernbetriebe sowie die sichere Versorgung der Menschen in unserem Land mit regionalen und gesunden Nahrungsmitteln zu sehr am Herzen, als dass ich ein solch lebensnotweniges Gut komplett aus der Hand geben möchte. Deshalb am 13. Juni Nein zu diesen viel zu extremen Agrarinitiativen.